

KURZ NOTIERT



Carlo Masala:
Weltunordnung. Die globalen Krisen und das Versagen des Westens.

C.H. Beck, München 2016; 176 S., 14,95 €

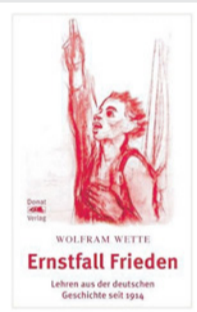
25 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat Carlo Masala eine bemerkenswerte Analyse über die neue „Welt(un)ordnung“ vorgelegt. Als Ursache für die Krise nennt benennt der Professor für Internationale Politik an der Bundeswehr-Universität in München, die Sicherheitspolitik der Neokonservativen und Liberalen in den USA, die „den Einsatz militärischer Machtmittel als legitimes Instrument ansahen, um ihre globale Phantasien zu realisieren“. Die Folge seien regionale Krisen, Konflikte und Kriege gewesen.

Masala erteilt der interventionistischen Politik der letzten Jahrzehnte eine klare Absage. Alle Versuche, die westliche Sicherheitspolitik allein an moralischen Werten auszurichten oder die Welt in Gut und Böse einzuteilen, seien gescheitert. Im Ergebnis habe dies nur „neues Chaos“ hervorgerufen. Wenn es um die Alternative Frieden oder Krieg geht, ist Masala Stabilität wichtiger als Moral und Demokratie. Der Westen müsse sich an die neue Weltunordnung gewöhnen und einen realistischen Politikansatz verfolgen, argumentiert Masala in Übereinstimmung mit dem früheren US-Außenminister Henry Kissinger. Auch wenn den demokratischen Gesellschaften „bestimmte Potentaten“ nicht gefielen, könnten sie es sich nicht aussuchen, wer in anderen Ländern herrscht. Kluge Politiker müssten auch mit Diktatoren auskommen können.

Die Argumentation Masalas erinnert stark an die Argumentation der Sicherheitsexperten des Kremls. Auch sie vertreten ein allein an Real- und Machtpolitik ausgerichtetes Weltbild, wie man in Putins Reden im Valdaj-Forum 2014 bis 2016 erleben konnte. Der Präsident behauptete, der Westen mit den USA an der Spitze würde die Welt ins Chaos stürzen, nur um eine neue Weltordnung durchzusetzen.

Folgt man Masalas Argumentation eins zu eins, dann handelt es sich bei der Krim-Annektion im Jahr 2014 letztlich um eine Reaktion des Kremls auf die „Ordnungsversuche seitens der USA“ im unmittelbaren Einflussbereich Russlands. *manu*

Wolfram Wette:



Ernstfall Frieden. Lehren aus der deutschen Geschichte seit 1914.

Donat Verlag, Bremen 2017; 640 S., 24,80 €

Vor vier Jahren sorgte der australische Historiker Christopher Clark mit seinem Buch „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ international für Furore. Das Deutsche Kaiserreich, so die These Clarks, trage eben nicht jene besondere Schuld für den Ausbruch des Krieges, wie in der Geschichtsschreibung so lange behauptet. Alle anderen europäischen Großmächte stünden ebenso in der Verantwortung für die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts.

Der deutsche Historiker Wolfram Wette stellt in seinem Buch „Ernstfall Frieden“ Clarks These als eine Art Startschuss für eine „revisionistische Welle“ dar, die durch Deutschland „rollt“ und von Wissenschaftlern wie Herfried Münkler, der ähnliche Ansichten wie Clark vertritt, weiter angetrieben werde. Besonders stört es Wette, dass Clark mit dem Schuldbegriff wenig anzufangen weiß, und lieber von „Fehlern“ und „Verantwortung“ spricht. Für Wette ist und bleibt der „spezifische preußisch-deutsche Militarismus“ die Ursache für den Ersten Weltkrieg schlechthin.

Unabhängig davon, welcher Sichtweise man sich anschließen mag, verwundert Wettes geradezu wutschäumend vortragene Kritik an Clark dann doch. Als würden die Schrecken des Weltkriegs als Argument für eine pazifistisch ausgerichtete Politik an Überzeugungskraft verlieren, wenn er nicht allein auf das Konto Deutschlands ginge.

Wette hat eine Art pazifistisches Lesebuch vorgelegt, angereichert mit unzähligen Abbildungen und Quellen, das einen roten Faden zu spinnen versucht vom Kaiserreich bis zur „schleichenden Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik“ Deutschlands seit 1990. Wette hat durchaus gute Argumente und Beispiele zur Hand, wenn er darlegt, wie auch in modernen Demokratien Kriegseinsätze auf höchst fragwürdige Art und Weise legitimiert werden sollen, etwa durch die Gleichsetzung des irakischen Diktators mit Adolf Hitler. Eine Antwort darauf, was geschehen soll, wenn die von ihm propagierte Politik der Deeskalation und zivilen Konfliktbearbeitung versagt, bleibt aber auch Wette schuldig. *aw*



Rund 38.000 Menschen haben 2015/16 Deutschkurse an den Goethe-Instituten in Deutschland absolviert.

© picture-alliance/ZB

In der Prüfung

GOETHE-INSTITUT Die renommierte Bildungseinrichtung ist wegen der Beschäftigung von Honorarkräften in Bedrängnis

Noch immer kann Katharina Bach (Name geändert) nicht fassen, was da Ende Januar passiert ist. „Eine Woche vor Kursende hat man uns gesagt, dass wir nicht weiterbeschäftigt werden“, erzählt sie, „aber da haben wir noch gedacht, dass es bestimmt eine Lösung geben wird.“ Wir, das sind die etwa 30 Honorarkräfte, die bis Ende Januar regelmäßig Sprachkurse am Düsseldorfer Goethe-Institut gegeben haben und von den Nachrichten, die die renommierte Bildungseinrichtung gerade in ein eher schlechtes Licht gerückt haben, genauso überrascht waren wie ihre Kollegen an den 13 Standorten in Deutschland. Seit Januar nimmt die Deutsche Rentenversicherung das Goethe-Institut in Deutschland unter die Lupe – genauer gesagt die Verträge der bundesweit rund 400 freien

Honorarkräfte. Der Verdacht: Scheinselbstständigkeit. Das Institut reagierte prompt mit der Mitteilung, dass für die Dauer der Prüfung keine neuen Verträge mehr ausgestellt werden. Die betroffenen Lehrer stellen sich in aller Regel von selbstständigen Honorarkräften wie Katharina Bach. Sie unterrichten häufig schon seit vielen Jahren, viele von ihnen in Vollzeit. Katharina Bach arbeitet seit mehr als zehn Jahren für das Goethe-Institut, zuletzt hatte sie Verträge für rund 25 Stunden pro Woche. Fest angestellt war sie nie, die Verträge liefen regelmäßig nur für die Dauer der meist vier- bis achtwöchigen Kurse. Nach Angaben der Bildungsgewerkschaft GEW deckt das Goethe-Institut diese Kurse zu 80 Prozent

durch freie Lehrkräfte ab, das Goethe-Institut selbst spricht von 60 Prozent. Die Freien bekommen zwar verhältnismäßig gute Stundenlöhne von bis zu 37 Euro, müssen sich aber selbst versichern und tragen ihre Beiträge für Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung selbst. Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt es nicht – wer krankheitsbedingt ausfällt, hat keine Einnahmen. Die Rentenversicherung hat Zweifel daran, dass Lehrer, die so regelmäßig und mit vielen Stunden an den Goethe-Instituten arbeiten, wirklich selbstständig sind. Das ist nämlich normalerweise nur, wer sein Geld von mehreren Auftraggebern bekommt und nicht fest in die Abläufe eines einzigen eingebunden ist. Wie es beruflich für sie weitergeht, weiß Katharina Bach im Moment nicht. Was sie besonders quält, ist der Umgang des Instituts mit den geschassten Freien. „Man hat

uns mitgeteilt, dass es für uns nicht weitergeht und das war es. Es gab noch nicht mal eine Verabschiedung oder ein Dankeschön für die Arbeit der letzten Jahre.“ Es sei extrem verletzend, wenn so deutlich gemacht werde, „dass wir denen total egal sind“. Das passe allerdings: „Die freien Honorarkräfte sind nie auf Augenhöhe behandelt worden. Wir durften keine Schubfächer mit Namen für unsere Materialien haben, sollten nicht zu Weihnachtsfeiern kommen.“ Immer wieder habe sie sich gemeinsam mit Kollegen um bessere Bedingungen bemüht, das sei aber im Institut immer abgeblockt worden.

Kritik der GEW Auch die GEW empört sich schon seit Jahren über diese Arbeitsbedingungen und hat das Institut wiederholt aufgefordert, auch für die freien Dozenten einen Tarifvertrag abzuschließen. Schon 2014 beklagte die Gewerkschaftsvorsitzende Marlies Tepe, das Institut sei noch nicht einmal zu Gesprächen bereit. „Es ist vordeklaristisch und ungeheuerlich.“ Nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe hat die GEW ihre Forderungen, mindestens 80 Prozent der Honorarkräfte fest anzustellen, wiederholt. Nur so könne die berufliche Existenz der betroffenen Lehrer gesichert werden. Am 9. März soll es ein gemeinsames Gespräch von GEW und Goethe-Institut geben.

Das Institut selbst hat in einer Stellungnahme mitgeteilt, dass es die Einschätzung der Rentenversicherung nicht teile. Man bedauere es sehr, wenn die Aussetzung von Vertragsabschlüssen „zu sozialen Härten bei den Honorarlehkräften“ führe, so der Generalsekretär des Goethe-Instituts, Johannes Ebert. Bis Ende Februar werde man 45 Lehrkräfte befristet einstellen; so sei sichergestellt, dass zwei Drittel der Sprachkurse und Prüfungen stattfinden könnten. Katharina Bach bezweifelt das. „Da werden Kurse zusammengelegt, die nicht zusammengehören. Und Leute, die ewig für ihren Sprachkurs gespart haben, werden nicht kommen können. Das ist ein unglaublicher Imageverlust.“ Und tatsächlich ist die Beschädigung des bislang so guten Rufs langfristig wohl die schlimmste Folge für das Institut. Mit seinen weltweit 159 Niederlassungen in 98 Ländern ist es ein weltweit bekannter und geachteter Botschafter für die deutsche Sprache und Kultur – und bekommt für seine Tätigkeit im Ausland vom Auswärtigen Amt mehr als 220 Millionen Euro jährlich. Auch wenn die deutschen Institute sich über Kursgebühren, Spenden und Sponsoring selbst tragen, hat sich nun auch der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Bundestages mit dem Thema beschäftigt. Man habe die unbefriedigende Situation der Honorarkräfte schon jahrelang immer wieder angemahnt, sagt die SPD-Kulturpolitikerin Ulla Schmidt. „Das Parlament ist im Moment jedoch nicht am Zug – es ist die Deutsche Rentenversicherung, die prüfen muss, welche Honorarverträge rechtmäßig sind und wo eine Scheinselbstständigkeit vorliegt. Honorarverträge, die nicht rechtmäßig sind, müssen zügig in ordentliche Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden“, sagt Schmidt. Vertreter von Union und Grünen wollten sich bis zur Klärung des Sachverhalts nicht äußern. Für Dieter Dehm (Linke) steht auch der Bundestag in der Pflicht: „Wenn der neue SPD-Hoffnungsträger Martin Schulz genauso wie einige CDU-Sozialpolitiker besseren Lohn für harte Arbeit fordern, ist das jetzt unsere Nagelprobe! Wenn 400 Lehrer entlassen werden, die Rentenversicherung von Scheinselbstständigkeit spricht, tritt das ein, vor dem Linke und GEW lange gewarnt haben: eine Prekarisierung exakt dort, wo die stärkste Integrationsmühe sein sollte, bei der deutschen Sprachbildung.“ *Susanne Kalitz*

Grünes Licht für die »Wippe«

KULTUR Das im vergangenen Jahr durch den Haushaltsausschuss gestoppte Freiheits- und Einheitsdenkmal soll doch realisiert werden. Darauf verständigten sich in der vergangenen Woche die Fraktionspitzen von CDU/CSU und SPD. Die Koalitionsfraktionen wollen am Entwurf „Bürger in Bewegung“ des Stuttgarter Planungsbüros Milla und Partner, festhalten. Mit der begehren Waagen-Konstruktion, die sich je nach Gewichtsverteilung zur einen oder anderen Seite neigt, soll die friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands gewürdigt werden. Errichtet werden soll das Denkmal, das in der Öffentlichkeit oft als „Wippe“ bezeichnet wird, auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Denkmal vor dem Berliner Stadtschloss.

Für die Realisierung des Vorhabens muss der Bundestag allerdings jedoch zunächst den Bundeshaushalt für das kommende Jahr ändern. Nachdem der Haushaltsausschuss im April 2016 die Gelder wegen einer erwarteten Kostensteigerung von zehn auf rund 15 Millionen Euro gesperrt hatte, wurde der Posten aus dem Haushalt für 2017 gestrichen. Statt dessen waren 18,5 Millionen Euro für den Wiederaufbau der historischen Kolonnaden am gleichen Standort bewilligt worden. *aw*

KURZ NOTIERT

Linke scheitert mit Antrag zur Sicherung des Filmberbes

Die Linksfraktion ist mit ihrer Forderung, in den kommenden zehn Jahren jährlich zehn Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt für die Erhaltung und Digitalisierung des deutschen Filmberbes bereitzustellen, gescheitert. Der Bundestag lehnte den Antrag (18/8888) am vergangenen Donnerstag gemäß der Beschlussempfehlung des Kultur- und Medienausschusses (18/11115) mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen ab. *aw*

Grüne fordern Erhöhung des Bafög um sechs Prozent

Bündnis 90/Die Grünen fordern einer Erhöhung des Bafög-Satzes um sechs Prozent und eine Erhöhung der Freibeträge für Einkommen von Eltern, Ehe- und Lebenspartnern sowie Auszubildenden um drei Prozent noch in der laufenden Legislaturperiode. Den entsprechenden Antrag überwies (18/11178) der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse. Die Grünen begründen ihre Forderung unter anderem damit, dass es zwischen 2010 und 2016 keine Erhöhung gegeben habe. *aw*

Koalition will Stärkung der Naturwissenschaften

Nach dem Willen von CDU/CSU und SPD soll die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern eine Strategie für die Stärkung der Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu erarbeiten. Ihren Antrag (18/11164), den der Bundestag am vergangenen Freitag in die Ausschüsse überwies, begründen die Koalitionsfraktionen mit der gestiegenen Bedeutung der sogenannten MINT-Bildung an Schulen und Hochschulen sowie in der beruflichen Ausbildung für den Technologiestandort Deutschland und seinem Bedarf an Fachkräften. *aw*

Mahnung und Ausdruck der Trauer

KULTUR Fachgespräch zum Mahnmal für Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft

In Berlin soll an zentraler Stelle ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft errichtet werden. Diesen Beschluss hatte der Bundestag bereits im Oktober 2015 anlässlich des 25. Jahrestag der Wiedervereinigung auf Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD gefasst. Laut des verabschiedeten Antrags soll das Gedenkstättenkonzept des Bundes in diesem Sinne weiterentwickelt und noch in dieser Legislaturperiode eine konkrete Initiative des Parlaments für ein solches Mahnmal auf den Weg gebracht werden. Im Rahmen eines Fachgesprächs des Kultur- und Medienausschusses mit vier Sachverständigen bekräftigten in der vergangenen Woche nun alle Fraktionen noch einmal diesen Beschluss und diskutierten Zielsetzung und Modalitäten für die Errichtung eines solchen Mahnmals.

Standort Stephan Hilsberg (SPD), ehemaliger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbauministerium (2000-2002) und Mitglied in der Initiative Mahnmal der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, plädierte mit Nachdruck für die Errichtung des Mahnmals. Dieses solle der Trauer der Opfer über das erlittene Unrecht in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten

Weltkrieg und in der DDR Ausdruck verleihen und der Gesellschaft zugleich Mahnung vor einem erneuten Abgleiten in ein totalitäres System sein. Errichtet werden sollte es in Berlin-Mitte, dem ehemaligen Machtzentrum der kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden, argumentierte Hilsberg. Für einen zentralen Standort in Berlin sprachen sich auch die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky, der Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Uwe Neumärker, und die Historikerin Silke Satjukow von der Universität Magdeburg aus. Neumärker und Satjukow plädierten zudem dafür, das Mahnmal mit einem Informationszentrum ähnlich wie beim Holocaust-Mahnmal zu verbinden.

Silke Satjukow mahnte, dass die kommunistische Diktatur aber auch in ihren historischen Kontext gestellt werden müsse. So seien in den sowjetischen Lagern nach dem Zweiten Weltkrieg eben auch viele Funktionäre der nationalsozialistischen Diktatur inhaftiert gewesen. Über diese Problematik müsse noch eine intensive Diskussion geführt werden. Hilsberg sprach sich dagegen aus, einzelne Opfergruppen am Mahnmal zu benennen. Anna Kaminsky verwies darauf, dass an

den bereits bestehenden Gedenkstätten und authentischen Orten zwar bereits verschiedenen Opfergruppen gedacht werde. Ein zentrales Mahnmal könne aber zugleich bestehende Leerstellen in der Erinnerung an die Opfer schließen.

Wettbewerb Unterschiedliche Positionen vertraten die Sachverständigen auch in der Frage, wie ein Wettbewerb zur Findung eines geeigneten Entwurfs für das Mahnmal gestaltet werden soll. Während sich Hilsberg und Kaminsky für einen möglichst offenen Wettbewerb aussprachen, warnte Neumärker mit Verweis aus die Erfahrungen beim Holocaust-Mahnmal vor einem solchen Verfahren. Ein erster offener Wettbewerb habe damals ergebnislos abgebrochen werden müssen, nachdem mehr als 500 Entwürfe eingereicht worden seien. Ein enges Wettbewerbsverfahren mit renommierten Architekten und Künstlern sei erfolgversprechender, argumentierte Neumärker. *Alexander Weinlein*



Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253